

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Heidelberger Tageblatt. 1884-1896 1950

(29.3.1950) Die Leinwand

Erziehung und Bildung

Pädagogische Beilage für Elternhaus und Schulen

Verlängerung oder Verkürzung der Schulzeit?

Von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Verband badischer Lehrer und Lehrerinnen e. V. wird uns geschrieben:

In der Ausgabe des Heidelberger „Tageblatt“ vom 21. März 1950 war eine Stellungnahme des württemberg-badischen Kultministeriums zur Frage der Verlegung des Schulbeginns auf das Frühjahr erschienen, die auf die nordbadische Bevölkerung und auf die Lehrerschaft sensationell gewirkt hat. Diese behördliche Stellungnahme kann weder vom erzieherischen Standpunkt aus anerkannt werden, noch kann sie, von der Arbeitsmarktlage aus betrachtet, verstanden werden.

In der Erklärung des Kultministeriums wird u. a. gesagt, daß vor allem die ländlichen Kreise gegen eine Verlängerung des Schuljahres seien; von Nachteil sei auch, daß rund 20 Monate lang keine Entlassungen stattfinden könnten; ferner würden die Schüler der höheren Lehranstalten 13 Jahre und 6 Monate bis zur Reifeprüfung benötigen. — Der Ausgleich für diese Verkürzung solle durch Erweiterung der Berufsschulpflicht und durch „geeignete Lehrplanbestimmungen“ erreicht werden; die Verkürzung sei das „geringere Übel“ und werde deshalb empfohlen.

Gegen diese Argumentation des Kultministeriums sprechen folgende Gründe:

1. Das Kultministerium stellt selbst fest, daß eine Verlängerung der Schulzeit, von pädagogischen Standpunkt aus gesehen, große Vorteile bietet und die Leistung der Schule erhöhen würde. Demnach müßte eine Schulzeitverlängerung pädagogische Nachteile und ein Absinken der Leistung der Schule zur Folge haben. Diese Leistungsminderung würde nicht nur die Bedeutung der Volksschule schwer beeinträchtigen, sie stünde auch in schroffem Widerspruch zu der seit Jahren geforderten Neugestaltung des gesamten Schul- und Bildungswesens. Im Kern handelt es sich zunächst um die Erhaltung und Durchführung der gesetzlich festgelegten 9-jährigen Schulpflicht.

2. Eine halbe Million jugendlicher Bessere bereits ohne Lehrstelle auf der Straße. Im Juli kommen rund 750 000 Kinder zur Entlassung, bis zum Jahre 1955 folgen weitere 3,5 Millionen. Wieviel aber können voraussichtlich in den Arbeitsprozess eingegliedert werden?

Wenn die ländliche Bevölkerung in Nordwürttemberg eine Verkürzung der Schulzeit fordert, dann mag diese Einstellung daher kommen, daß

sie die Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Lehrstellen weniger kennt als die Industriebevölkerung in Stadt und Land. Ihre Kinder müssen nicht in dem Maße ihr Eigenkapital, d. h. ihren Schulsack, zum Broterwerb und zum Konkurrenzkampf einsetzen, wie das bei andern Berufsgruppen der Fall ist. Es wird aber — und das trifft im selben Umfang auch für die landwirtschaftlichen Kreise zu — in den kommenden Jahren nur der Leistungstüchtigste den schweren Existenzkampf bestehen, also jener, der eine vollwertige Schulausbildung nachweisen kann.

Es wäre aber kein Nachteil, sondern ein Vorteil, wenn 20 Monate lang keine Entlassungen stattfinden; es wäre überdies die einzige Lösung aus einer heiklen Lage.

3. Wenn Heimkehrer im Alter von 22 bis 38 Jahren, die vier bis sechs Jahre in Gefangenschaft waren, zum Ausfüllen der Bildungslücken der Kriegs- und Nachkriegsjahre noch auf die Schulbank geschickt werden müssen, dann kann auch für die Schüler der höheren Lehranstalten, namentlich mit Rücksicht auf die Ueberfüllung der akademischen Berufe, eine Schulzeitverlängerung nur vom Vorteil sein.

4. Durch „geeignete Lehrplanbestimmungen“, d. h. durch Zurückschrauben der Anforderungen und durch Heruntersetzen der derzeitigen Lehrpläne soll bei einer Verkürzung der Ausbildungszeit der Lehrplaninhalt nicht beeinträchtigt werden. Eine Verkürzung der Ausbildungszeit ist stets ein Nachteil, insbesondere dann, wenn eine Schulzeitverlängerung durch Kriegseinflüsse einen Verlust von zwei bis drei Jahren erfahren hat. Eine normale Schulzeit von acht Jahren haben diese Kinder, um die es hier in erster Linie geht, nicht aufzuweisen (Einschulung 1943—46). Man vergißt plötzlich die katastrophalen Folgen jener Kriegs- und Nachkriegsschulzeit, die sich notgedrungen heute und morgen auswirken müssen. Wäre es anders, man müßte von einem Wunder sprechen.

5. Von einem „kleineren Übel“ sollte man schon gar nicht sprechen; denn das würde bedeuten, daß eine Schulzeitverlängerung das größere Übel wäre. Indessen wird nicht bestritten, daß es Bevölkerungskreise gibt, die mit einer 6 oder 7-jährigen Schulpflicht voll zufrieden wären und waren, und die ihre Kinder als Tagelöhner möglichst schnell zum Gelderwerb bringen möchten, u. U. sogar müssen.

Aber dieser Einstellung einer Minderheitsgruppe kann ein Volksbildungsministerium nicht

Rechnung tragen. Das 9. Schuljahr im Zeitalter der Schulreform aller Länder anzustreben, heißt nachholen, was anderswo bereits erprobte Wirklichkeit ist. Verkürzung hieße, sich Notwendigkeiten verschließen, die die Zeitläufe gebieterisch verlangen.

6. Die Berufsschule kann die Lücken im Schulsack dieser Kinder nicht ausfüllen; denn diese Lücken liegen im Fundament, auf dem jene aufbauen muß. Wer zudem die Struktur der Berufsschule aus eigener Anschauung kennt, der bezweifelt, daß sie eine derartig enorme Erweiterung ihres Aufgabenbereichs erfüllen kann.

7. Das Kultministerium hat im Entwurf zur Schulreform die 9-jährige Grundschule und den 3-jährigen Mittelbau empfohlen, also der Erweiterung der Schulpflicht auf 9 Jahre bei voll ausgebauter Mittelstufe grundsätzlich das Wort geredet. Eine Verkürzung der Schulzeit würde einer Verlegung dieser Grundzüge gleichkommen. Damit würde Nordwürttemberg-Nordbaden hinter der Schulreform vieler europäischer und

offlicher deutscher Länder, die das 9. Schuljahr gesetzmäßig verankert haben, herlaufen.

8. Wenn das Ministerium glaubt, den Einwänden der ländlichen Bevölkerung eine so entscheidende Bedeutung zusprechen zu müssen — in Baden hat eine Menge ländlicher Gemeinden gegen jede Schulzeitverkürzung gestimmt — dann muß es auch die Bevölkerung der Städte hören und sich von ihrer Meinung beeinflussen lassen.

9. Große Elternversammlungen haben bereits einstimmig gegen die Verkürzung Stellung genommen. Die badische Lehrerschaft steht geschlossen für eine Verlängerung. Der Jugendausschuß des DGB hat erst kürzlich auf einer Kundgebung in Königswinter das 9. Schuljahr gefordert und zwar als eines der Mittel, die furchtbare Not der Arbeitslosigkeit für die kommenden Jahre abzuwenden.

Unter keinen Umständen darf diese wichtige Frage auf dem Verwaltungswege entschieden werden; das wäre Verfassungsbruch.

Vom württemberg-badischen Landtag erwarten wir, daß eine Lösung auf gesetzlichem Wege herbeigeführt wird, die den Bildungsbedürfnissen des Kindes und den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt entspricht.“

Gedanken zur Reform der Hochschule

Von Hauptlehrer Dr. Brauch-Sennfeld

Der Verfasser, Hauptlehrer in Sennfeld, bezieht sich in den Vereinigten Staaten von Amerika. In mehrmonatigem Aufenthalt wird er Gelegenheit zum Studium und zur tätigen Mitarbeit an amerikanischen Schulwesen haben. Dr. Brauch, der übrigens auch als Kandidat für den Heidelberger Stadtschulratsposten genannt worden war, gilt in pädagogischen Kreisen als ideenreicher Schulreformer.

Schriftlich

Nach Herbart sind die Aufgaben aller Erziehung, Zucht und Unterricht. Es ist sehr nützlich, sich bei allen Erörterungen über allgemeine Erziehungsprobleme immer wieder den Unterschied der Zucht oder Erziehung im engeren Sinne vom Unterricht vor Augen zu halten. Den Intellektualismus der Herbartischen Schule können wir heute nicht mehr anerkennen. Unterrichten oder ausbilden kann ich im Klavierspiel und im Turnen, im Rechnen und Schreiben, in jeder Fertigkeit und in jedem erlernbaren Tun. Unterrichten kann ich aber nicht in Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit, in Mitleid und Menschenliebe, nicht in Gewinnungen und stilllichen Verhaltensweisen. Dazu kann ich nur erziehen.

Unterricht und Ausbildung haben zum Gegenstand Fertigkeiten und Geschicklichkeiten, ihnen liegen zugrunde Begabungen des Körpers und Geistes. Erziehung aber hat zum Gegenstand seelische Sachverhalte oder Wertschätzungen, wie zu Motiven des Handelns und Sichverhaltens werden; ihnen liegen der Seele eigenartige Antriebskräfte und triebhafte Begehungen zugrunde. Was der Unterricht im Zögling an Fertigkeiten und Geschicklichkeiten erzieht, ist Mittel und Werkzeug für die Gesinnungen und Handlungsbereitschaft, welche die Erziehung an den seelischen Antriebskräften entwickelt hat. Wozu man erziehen ist, das ist man, worin man aber unterrichtet ist, das hat und besitzt man.

Für die Betrachtung des Problems der heutigen Schule ist dieser Unterschied zwischen Unterricht und Erziehung sehr wichtig. Denn wenn wir unter dem Gesichtspunkt dieser Unterscheidung die Erziehungs- und Unterrichtstheorie des 19. Jahrhunderts betrachten, stoßen wir auf die Tatsache, daß bis weit in die Kreise der Arbeitsschule hinein eine Vermischung der beiden in sich verschiedenen Sachverhalte stattgefunden hat zugunsten des Unterrichts und nicht etwa zugunsten des Ursprünglichen, der Erziehung. Die ganze Pädagogik hat sich mehr auf die Ausbildung von Fertigkeiten konzentriert als auf die Erzeugung von Gesinnungen und werten Einstellungen, welche das Handeln bestimmen.

Man gibt vielleicht zu, daß Schulorganisation und Begabungsforschung wenig mit eigentlicher Erziehung zu tun haben, und wir verweisen auf den Gedanken der Arbeitsschule, der eine ausgesprochen erzieherische Note aufweist mit seiner Betonung der selbsttätigen und handgreiflichen Darstellung aller Erkenntnisse. Er ist sicherlich für erzieherische Einwirkung wertvoller als die sog. reine Lernschule; er ist im Grunde aber eine methodische Angelegen-

heit, ein Hilfsmittel in der Entwicklung von Kenntnissen und selbsttätigen Kräften, ein Mittel für die Mobilisierung von Begabungen. An sich gibt er aber nichts für die Lenkung der Antriebskräfte der Seele, als deren Mittel die Begabungen angewandt werden, er rührt nicht an den Grund der Seele. Und wenn er es im günstigen Falle bei einem erzieherisch eingestellten Lehrer tut, so ist das vom Arbeitsprinzip selbst innerlich unabhängig, wie denn auch ohne Zweifel in der Lernschule ebenfalls eine hohe erzieherische Kraft vom Erzieher ausgehen kann. Arbeitsunterricht an sich ist keine Technik der Entwicklung von Begabungen und nicht ein Weg zur Entwicklung von seelischen Antriebskräften.

Wir aber stehen heute vor der unabwendbaren Aufgabe, die Seele zu stärken und die Ausbildung des Geistes und den Unterricht an die zweite Stelle zu rücken. Denn in dem beispiellosen Zusammenbruch sind nicht Staatswesen und Wirtschaft zusammengebrochen, sondern noch viel mehr unsere Bildung und der sog. Halt, den sie angeblich gegeben hat.

Schulorganisation wie zur Postkutschenzeit

Wir entnehmen dem von Landesbischof Hanns Lilje herausgegebenen „Sonntagsblatt“ folgende Ausführungen:

In einigen Wochen werden überall wie in jedem Jahr die Sechsjährigen eingeschult werden. Sie werden dann in Nordrhein-Westfalen vier Jahre lang, in Schleswig-Holstein sechs Jahre lang, in der Ostzone und in Berlin acht Jahre lang die Grundschule besuchen.

Das Schulwesen ist eine Angelegenheit der Länder. Jedes Land kann es mit seinem Schulwesen so halten, wie es selbst, das heißt, wie die in ihm herrschende Parteilichkeit es für richtig befindet. Das ist verfassungsmäßig so in Ordnung. Ist damit schon alles in Ordnung?

Es läßt sich mit Sicherheit voraussagen, daß viele Familien, die jetzt zu Ostern Kinder einschulen, in den nächsten vier, sechs oder acht Jahren ihren Wohnsitz innerhalb Deutschlands aus irgendwelchen Gründen wechseln werden. Weil die Familie endlich zusammenziehen will, weil sie als Flüchtlingsfamilie umgesiedelt wird, weil sich dem Familienvater andernorts eine Arbeit oder bessere Fortkommensmöglichkeiten bieten. In allen diesen Fällen stellt sich schon heute heraus, daß eine reibungslose Umschulung der Kinder entweder überhaupt nicht oder nur unter Schwierigkeiten möglich ist.

Das in seinen Grundzügen früher einheitliche deutsche Schulwesen steht praktisch im Begriff, sich in eine Anzahl landeseigener Schulwesen aufzulösen. Was der Schule recht ist, ist der Universität billig. Soeben wird bekanntgegeben, daß nun auch die in der britischen Zone bisher noch einheitlich gehandhabte große juristische Staatsprüfung Ländersache werden soll, und es besteht nach den mit der Schule gemachten Erfahrungen die berechtigte Befürchtung, daß damit auch das Ende der Freizügigkeit für die deutschen Juristen gekommen sein wird. Und schon wird in der Öffentlichkeit darüber diskutiert, ob der an einer ostdeutschen Universität erworbene Doktorgrad im Westen noch Anerkennung findet.

Faßt man diese Beispiele, die sich um zahlreiche vermehren lassen, zusammen, so ergibt sich, daß wir uns in dem gleichen Maße geistig auseinander zu entwickeln beginnen, in dem es gelang, wirtschaftlich, verkehrs- und verwaltungsmäßig die Zonen- und Ländergrenzen in mancher Hinsicht abzubauen. Es ist aber absurd, die Einheit Deutschlands und seinen Anschluß an Europa verwirklichen zu wollen, und zu gleicher Zeit im Schul- und Bildungswesen die Duodez-Herrlichkeit der Postkutschenzeit wieder herzustellen.

Es gibt eine ständige Konferenz der Kultusminister der westdeutschen Länder. Eine kulturpolitische Abteilung des Bundesministeriums des Innern ist im Entstehen. Sie stehen beide vor einer wichtigen und notwendigen Aufgabe, nämlich, den Beweis zu erbringen, daß Föderalismus und Demokratie nicht unbedingt gegen den gesunden Menschenverstand zu verstoßen brauchen.

Wirtschaftshochschule in Heidelberg?

Zahlen der Mannheimer Schule — Ein Diskussionsthema für Heidelberg

Verkehrsverhältnisse und Unterbringungsmöglichkeiten machen die Errichtung einer Wirtschaftshochschule in Heidelberg notwendig.

Wir haben die Mannheimer Wirtschaftsübersicht einmal einer näheren Betrachtung unterzogen, um unseren Lesern etwas über diesen verhältnismäßig jungen Schultyp zu berichten.

Insgesamt werden an der Wirtschaftshochschule in Mannheim 109 Schüler unterrichtet, davon kommen 13 Schüler aus Heidelberg und 14 aus der näheren und weiteren Umgebung Heidelbergs. Diese Schüler aus dem Heidelberger Bezirk fahren zum größten Teil täglich nach Mannheim, da sie infolge der besonders großen Wohnungsmenge und der hohen Kosten für ein stündiges Quartier nicht in Mannheim untergebracht werden können. Viele Schüler entstammen zudem aus den sozial schwächeren Schichten unseres Volkes.

Es ist, wie uns versichert wurde, keineswegs das Ziel dieser Anstalt, mit den übrigen höheren Schulen in Konkurrenz zu treten oder die Zahl der zum Studium Berechtigten zu vermehren, sondern Begabte auszubilden und in die wirtschaftliche Praxis zu vermitteln. Die Zahl der Meldungen ist aber — gleichfalls infolge der schlechten Unterbringungsmöglichkeiten in Mannheim — relativ gering, vor allem die Meldungen aus Heidelberg und seinem Hinterland, da die Zugverbindungen zu schlecht und die Kosten für die Eltern kaum erschwinglich sind.

Die Berufsaussichten der Wirtschaftsüberschüler sind erfreulich gut. Abiturienten der Wirtschaftshochschule mit guten Zeugnissen konnten bisher verhältnismäßig leicht und in kurzer Zeit in der Praxis (Wirtschaft und Verwaltung) untergebracht werden. Das Wirtschaftsabitur berechtigt in erster Linie zum Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten und Wirtschaftshochschulen, d. h. bis zur Ablegung der Diplom-Prüfung (Dipl.-Volkswirt, Dipl.-Kaufmann) und des Doktor-examens (Dr. rer. pol.) einschließt. Außerdem sind Abiturienten der Wirtschaftshochschule zu allen Beamtenlaufbahnen des gehobenen Dienstes zugelassen.

Es wäre aber verfehlt, die Wirtschaftshochschule als eine reine Fachschule bezeichnen zu wollen. Neben der rein fachlichen Ausbildung und menschlichen Erziehung nimmt eine gründliche Allgemeinbildung einen breiten Raum ein. Der Anteil der allgemeineren Fächer beträgt etwa zwei Drittel des Gesamtunterrichts. In einzelnen werden folgende Fächer gelehrt: Deutsch, Geschichte, Englisch, Französisch (Spanisch und Latein fakultativ), Wirtschaftsgeographie, Volkswirtschaftslehre, Buchhaltung und Bilanzlehre, Mathematik, Chemie, Physik (Kurzschritt und Maschinenschreiben fakultativ) und Religion.

Das Schulgeld beträgt wie bei anderen höheren Schulen 200 DM jährlich. Die Ausbildung in der Wirtschaftshochschule erstreckt sich auf 3 Jahre. Jeder Schüler muß sich vor der Aufnahme einer Prüfung unterziehen. Voraussetzung für die Zulassung ist außerdem ein gutes Abgangszeugnis der zweijährigen Höheren Handelsschule oder das Versetzungszeugnis in die Obersekunda (6. Klasse) einer anderen Oberschule. Das Schuljahr beginnt jeweils am 1. September.

Es dürfte unserer Meinung nach gerade in der heutigen Zeit, in der die Kapazität der Universi-

täten nicht ausreicht, um die hohe Zahl der Studienbewerber aufzunehmen, angebracht sein, diejenigen Schultypen auszubauen, die für die Praxis des Berufslebens vorbereiten und geeignet sind, den starken Andrang zu den Universitäten abzumildern.

Gewichtige Gründe sprechen außerdem für die Errichtung einer Wirtschaftshochschule in Heidelberg: Es gibt nur eine geringe Anzahl von Wirtschaftshochschulen in Württemberg-Baden (nur in Stuttgart, Ulm, Karlsruhe, Pforzheim und Mannheim). Verkehrsverbindungen zwischen den Kreisen Heidelberg, Bruchsal, Mobsch, Sinshelm einerseits und Mannheim andererseits sind schlecht und die Unterkunftsbedingungen in Mannheim sind gering und außerdem zu kostspielig. Ferner kann der Bedarf der Wirtschaft des Kreises Heidelberg durch die insgesamt 27 Schüler aus Heidelberg und Umgebung, die die Wirtschaftshochschule Mannheim besuchen, nicht gedeckt werden. Der Heidelberger Stadtrat hatte zwar schon einmal einen positiven Beschluß gefaßt, jedoch hatte damals das Finanzministerium mit der Begründung abgelehnt, daß es für die Errichtung einer neuen Schule kein Geld habe.

Wir stellen dieses Thema hiermit zur Diskussion und bitten Elternschaft, Lehrer und Vertreter der Wirtschaft und Verwaltung um ihre Stellungnahme. Sch.

Bunsen-Realgymnasium noch ohne Schulgebäude

„Wanderlehrer“ und „Wanderschüler“ — Leistungsniveau trotzdem gut

Das Bunsenrealgymnasium, das vor dem Kriege in dem Gebäude der heutigen Lehrerbildungsanstalt untergebracht war, besitzt immer noch kein eigenes Schulgebäude. Die Lehrkräfte wurden so zu Wanderlehrern, die Schüler zu Wanderschülern: Die Oberklassen, ab Obersekunda, sind im Collegium Academicum, die Unterklassen im Helmholtz-Realgymnasium untergebracht. Zeichen-Chemie- und Physiksaal werden in der Helmholtzschule mitbenutzt, zum Turnen müssen die Jungen in die Klingenturnhalle geführt werden, da die Zwingerturnhalle noch nicht freigegeben ist. Eine Schülerbibliothek ist überhaupt nicht vorhanden, Restbestände lagern in der Städtischen Volksbücherei.

Trotz dieser räumlichen Beengtheit, die in krassem Gegensatz zu den in der künftigen Schulreform angestrebten Idealzuständen steht, werden in dieser Schule 600 Schüler unterrichtet. Vor allem die Unterklassen sind so überbelegt, daß ein individuelles Eingehen der Lehrer auf die Schüler sehr erschwert ist: Die drei Sexten haben durchschnittlich 38 bis 40 Schüler, die beiden Quinten sogar über 45 Schüler. Mittelklassen (durchschnittlich 30) und Oberklassen (durchschnittlich 20) sind zwar nach der bisherigen Anforderungen als normal belegt zu bezeichnen, sollte aber die Schulreform eine Gebelung der Oberstufe vorschreiben, werden sich auch in den Oberklassen die gleichen räumlichen Schwierigkeiten bemerkbar machen. Eine

Lösung der Schulraumfrage wäre nur durch die Freigabe des noch beschlagnahmten Flügels des früheren Schulgebäudes in der Keplerstraße oder durch einen Schulhausneubau möglich.

Nach der Kapitulation war die Bunsenschule nicht wiedereröffnet worden, weil die Stadtverwaltung der Ansicht war, daß ein zweites Realgymnasium (außer der Helmholtzschule) nicht erforderlich sei. Deshalb wurde damals das Gebäude für die Lehrerbildungsanstalt zur Verfügung gestellt, obwohl das Realgymnasium einen Prioritätsanspruch hat. Inzwischen hat man sich städtischerseits bemüht, die Verhältnisse zu bessern, doch fehlt es immer noch an den finanziellen Mitteln zu einem Schulhausneubau. Helmholtz- und Bunsenrealgymnasium haben zwar eine Übergangslösung gefunden, abwechselnd wird in beiden Schulen vormittags unterrichtet — um 13 Uhr ist Schichtwechsel. — Lehrmittel werden zum Teil gemeinsam benützt, doch sind die Einrichtungen der Helmholtzschule zum großen Teil veraltet oder reparaturbedürftig und der Nachmittagsunterricht, besonders für die unteren Klassen, ist (vor allem im Sommer) mit dem Vormittagsunterricht nicht gleichwertig.

Trotz all dieser Schwierigkeiten haben die Lehrer das Leistungsniveau der Schüler verbessert und eine gründliche Allgemeinbildung vermitteln können, und der Leiter der Schule, Oberstudienrat Dr. Oech, ist mit dem Lernerfolg seiner Jungen zufrieden.

